

30 Jahre NEIN zu Zwentendorf 30 Jahre klug voraus gedacht!



KUNDGEBUNG

Mittwoch 5. November 2008, 17.00 Uhr
Stock im Eisen Platz/Stephansplatz 1010 Wien

Das NEIN zu Zwentendorf ist heute genauso wichtig wie damals, denn die Atomindustrie ...

- beutet schon beim Uranabbau Land und Leute aus
- hat nach wie vor für Atommüll keine Lösung anzubieten
- geht über Leichen: erhöhte Krebsraten rund um AKWs werden in Kauf genommen
- toleriert bewusst die Gefahren weiterer schwerer Atomunfälle – jederzeit!
- kann sich nur durch höchste Förderungen über Wasser halten
- bietet mit AKWs keinen Ausweg aus der Klimakatastrophe
- zieht Profit sowohl aus der zivilen wie aus der militärischen Atomnutzung

... daher

- Zwentendorf endlich abwracken
- Seibersdorfer IAEA-Laboratorien schließen
- Raus aus EURATOM und der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA)
- Stopp für die grenznahen AKW rund um Österreich
- Das NEIN zur Atomenergie muss bleiben – 80% der ÖsterreicherInnen sind gegen die Nutzung der Kernenergie.

AntiatomSzene - das Zukunftsnetzwerk gegen Atomenergie * Arbeitskreis gegen Atommüll Waldviertel * ARGE Ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie * ARGE Umweltschutz Almtal, OÖ * BIGA - Bürgerinitiativen gegen Atommüll – Solidarität der Atommüll-Standorte Österreichs * GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg * Initiative Heimat und Umwelt * Naturschutzbund Österreich * Naturschutzbund NÖ * Permakultur Austria * PLAG - Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren Salzburg * Univ.Doz. Dr. Peter Weihs * Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft u.a.



Wir wollen nicht mehr zahlen ...

... für AKW-Ausbau und Aufrüstung (Eurofighter, EU-Armee, Tschad-Einsatz, Ausbau des Überwachungsstaates usw.) werden Milliarden Euro verpulvert, für die Menschen hingegen heißt es dann: „Kein Geld da“ und es gibt ungeheure Preis- und Tarifsteigerungen verbunden mit immer mehr Sozial- und Demokratieabbau. Die AKW- und die Rüstungsindustrie wird aus unseren Steuergeldern höchst subventioniert.

Österreich zahlt jährlich allein 40 Millionen Euro für die EU-Atomlobby, für EURATOM, finanziert als EU-Mitglied über die EU-Bank EBRD den Ausbau von AKW in Osteuropa und beherbergt nach wie vor die IAEA, die internationale Atomenergieagentur in Wien und Seibersdorf. Das alles, obwohl die Österreicher und Österreicherinnen schon 1978 bei einer Volksabstimmung NEIN zum AKW Zwentendorf – NEIN zur Atomenergie gesagt haben. Das heißt, die Herrschenden missachten den demokratischen Volkswillen seit 30 Jahren!

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist ein Symbol für echte Demokratie! Man kann etwas gegen die „die da oben“ ausrichten, wenn man sich gemeinsam und selbständig von unten zur Wehr setzt!

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist den Herrschenden bis heute ein Dorn im Auge und sie wollen die Atomenergie in der EU wiederbeleben. Obwohl die Mehrheit der Menschen in Österreich NEIN zur Atomenergie gesagt hat und heute 80% gegen die Atomenergie sind. Was gilt? Die Entscheidung der Österreicher und Österreicherinnen oder der Wille einiger weniger Industriekonzerne? Demokratie oder Demokatur? Mit dem EU-Vertrag werden wir noch mehr entmündigt.

Das **NEIN zu Zwentendorf** kam unter anderem zustande, weil die Atommüllfrage völlig ungeklärt war – bis heute weiß niemand wohin mit dem Atommüll. Das Atomgeschäft ist ein Geschäft ohne Gewissen. Hauptsache der Profit stimmt. (Mit EURATOM werden wir noch mehr der EU-Atom- und Rüstungslobby ausgeliefert).

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist mehr als richtig! Die Angst vor verheerenden Atomunfällen ist völlig gerechtfertigt: Sellafield (Großbritannien 1956), Harrisburg (USA 1979) Tschernobyl (1986) oder die Fast-Super-GAUs in Japan, Schweden oder zuletzt in Spanien – von denen kaum mehr berichtet wird – beweisen dies erschreckend! Alle AKW sind tickende Zeitbomben! AKW kann man nicht „sicher“ machen. Rund um AKW führt schon der „Normalbetrieb“ zu erhöhten Krebserkrankungen.

Wir sollen zahlen für AKW-Ausbau, Aufrüstung und Krieg

Das **NEIN zu Zwentendorf** ist mehr als richtig! AKW und Atombomben sind „siamesische Zwillinge“, das heißt, untrennbar miteinander verbunden. Es gibt keine „friedliche“ Nutzung der Atomenergie: In AKW wird Plutonium für Atombomben erzeugt. AKW sind tickende Atombomben! Es sind die gleichen Konzerne, die an Aufrüstung und Krieg und an AKW verdienen!

Das **NEIN zu Zwentendorf** bleibt ein wichtiger Beitrag gegen die Versuche, AKW wieder zu beleben und im Namen des Umwelt- und Klimaschutzes uns neuerlich AKW einreden zu wollen. Atomkraft strahlt radioaktiv, hinterlässt Berge von gefährlichem Atommüll und ist keineswegs CO₂-frei!

Das **NEIN zu Zwentendorf, die Ablehnung der Atomenergie** ist nicht die Ursache der angeblichen Energieknappheit. Die Ursache ist die nur auf Profitmache ausgerichtete Über- und Wegwerfproduktion, die die Kluft zwischen Arm und Reich zunehmend vergrößert und letztlich Erschreckendes zur Folge hat, wenn wir uns nicht wehren: noch mehr Unterdrückung, Aufrüstung und Krieg.

WIR WOLLEN, KÖNNEN und WERDEN UNSER NEIN ZUR ATOMENERGIE bewahren, wenn wir uns selbständig und gemeinsam von unten wehren, denn keiner Partei kann man trauen!

RAUS aus EURATOM und IAEA! JA zu NEUTRALITÄT und echter FRIEDENSSICHERUNG!

NEIN zu TEUERUNG, SOZIAL- und DEMOKRATIEABBAU, AUFRÜSTUNG UND KRIEGSVORBEREITUNG!

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Kontakt und Bestellungen des Flugblattes: E-Mail: ggae@gmx.at

www.atomgegner.at



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien

E-mail: ggae@gmx.at

HOME PAGE: www.atomgegner.at

Nr. 3, Oktober 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

30 Jahre NEIN zu Zwentendorf am 5. November 2008

Es gilt nicht nur zu feiern und zu gedenken, sondern vor allem darauf hinzuweisen und aufzutreten, dass die Atomlobby trotz Abwärtstrend ihres Geschäftes, trotz Milliardenförderungen, trotz AKW-Unfällen am laufenden Band, die Propagandawelle von der „Renaissance der Atomkraft“ ausgegeben hat, die willig von Medien und Politik aufgenommen wird. Es gilt darauf hinzuweisen, dass es überall „wir müssen sparen“ heißt, die Atomlobby aber die höchst subventionierte Industrie auf Steuerzahlerkosten ist.

Wir rufen euch alle auf, aktiv zu werden und auf die Gefahren der Atomenergienutzung und die Machenschaften der Atomlobby hinzuweisen. Ob in der Familie, im eigenen Bekanntenkreis, ob in der Arbeit oder in der Schule. Verteilt, wo ihr die Möglichkeit habt, dieses Flugblatt (ihr könnt eigene Veranstaltungen bei Bedarf über die für Wien angekündigte Kundgebung kleben). Vergrößert das Flugblatt und hängt es, wo es erlaubt ist, in eurer Gemeinde, im Bezirk, an öffentlichen Stellen (z.B. Glaskasten, schwarzen Brettern etc.) auf.

VERBREITUNG & BESTELUNG: ggae@gmx.at

Tel.: 0650 830 7 830

Preis: 20 Flugblätter 1 € + Porto

Oder: von dieser Aussendung kopieren

Oder: von der Homepage www.atomgegner.at herunterladen und vervielfältigen!

Nächste Termine zur Vorbereitung der Kundgebung in Wien:

Di 14. Oktober 2008, 19.00 Uhr

Mo 27. Oktober 2008, 19.00 Uhr

Jeweils: Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8

Veranstaltungen zum Thema 30 Jahre Zwentendorf (Stand 27.9.08):

WIEN:

Kundgebung, Mi 5. 11. 2008, 17.00 Uhr, Stock im Eisen Platz/Stephansplatz, 1010 Wien (www.atomgegner.at)

Verteilaktion, Mi 5.11. 2008, Schottenpassage, 1010 Wien (Wr. Plattform Atomkraftfreie Zukunft)

Ausstellung, Mi, 5.11.2008, 10.00 Uhr, Uranabbau in Europa, Muthgasse. 62, 1190 Wien (Global 2000)

Benefizkonzert, Mi, 5.11.2008, 20.30 Uhr, FLUC, Praterstern 5, 1020 Wien (Global 2000)

ZWENTENDORF:

Aktion „Botschaft von Zwentendorf“, Di 4.11.2008, 17.00 Uhr, Zwentendorf (Global 2000)

LINZ:

Ausstellung & Veranstaltung, Mi 5.11.2008, 13.00 Uhr, Landeskulturzentrum Ursulinenhof, Landstraße 31, 4020 Linz (Antiatomszene)

Kundgebung: 16.00 Uhr

GRAZ:

Ausstellung + Buch: 30 Jahre Nein zu Zwentendorf, Eröffnung: Fr. 31.10.2008, 18.00 Uhr, Büro der Erinnerungen, 8010 Graz, Neutorgasse 45

WEITERE TERMINE: www.atomgegner.at

Bitte gebt uns auch andere Aktionen und Veranstaltungen bekannt, um sie auf www.atomgegner.at ins Netz zu stellen

Gemeinsam sind wir stark!

NEU – HOMEPAGE

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

www.atomgegner.at

Hier finden Sie die aktuellen Informationen und Hinweise
u.a. zu Veranstaltungen zum 5. November 2008, Aktionen usw.

Südbelgien – verstrahltes Gemüse nach Nuklear-Unfall

Im Atomforschungsinstitut Fleurus bei Charleroi ereignete sich ein schwerer Zwischenfall (Stufe 3 auf der siebenteiligen Skala). Der radioaktive Stoff Jod-131 wurde über das Abluftsystem freigesetzt. Danach wurde über das EU-Warnsystem „ECURIE“ europaweiter Alarm ausgelöst. Der belgischen Bevölkerung, in der Nähe der Atomforschungsanlage, wurde empfohlen, keine frischen Lebensmittel aus der Umgebung zu konsumieren. (Kurier, 30. 9. 2008)

Atomunfall im slowenischen AKW Krško

Kühlwasser trat aus, die EU musste europaweiten Alarm geben. Wenn Kühlwasser austritt, dann tritt nicht nur Radioaktivität aus! Zu wenig Kühlwasser kann zum Schmelzen des Reaktorkerns und damit zum GAU führen! So weit, so schlecht! Die Öffentlichkeit wurde aber erst nach zwei Tagen informiert, vorher sagte man, es handle sich um eine „Übung“. Doch gleich danach wurde wieder zurückgerudert. Was wirklich vorgefallen ist, wurde kaum berichtet. Das AKW Krško ist von der US-Atomfirma Westinghouse gebaut worden, 25 Jahre alt und steht auf einer Erdbebenlinie. Soviel zur „Sicherheit“ der von Westfirmen gebauten AKW!

AKW-Mochovce

Der italienische Stromkonzern ENEL will im Auftrag der slowakischen Regierung am Standort Mochovce zwei weitere Blöcke des völlig veralteten sowjetischen Typs WWER 440/213 errichten. Ohne Reaktorschutzhülle. Das „Sicherheits“konzept für Mochovce 3 und 4 ist über dreißig Jahre alt und das AKW kann nicht auf moderne Sicherheitsstandards gebracht werden!

AKW-Bohunice

Erinnern wir uns, wie viele österreichische Regierungen und Parteien sich schon hervortaten, Bohunice, Temelin, Mochove usw. angeblich verhindern zu wollen. Geschehen ist nichts, im Gegenteil: die Ausbaupläne mit EU-Geldern, also auch mit österreichischen Steuergeldern trotz unseres Atom-Nein, sind voll im Gange. Und das geht so: weil Ende 2008 ein AKW-Block abgeschaltet werden soll, will man „Ersatz“ schaffen. Ein „ganz neues“ AKW westlicher Bauart soll entstehen – verhandelt wird u.a. mit Frankreich. Zur „Sicherheit“ westlicher AKW's siehe oben (Krško).

Unsere Politiker, sofern sie nicht gerade in Regierungsverhandlungen ihre ganze Energie verbrauchen, werden vielleicht protestieren, „strenge“ Umweltverträglichkeitsprüfungen usw. verlangen – und so die Bevölkerung bei uns wieder zu beruhigen versuchen. **Was wirklich wirksam wäre: das zu tun, was Österreich im eigenen Land tun kann, tun unsere (Un)Verantwortlichen nicht: Austritt aus EURATOM und IAEA und Einstellung aller Atomzahlungen!**

Gefährliche AKW-Bilanz

In den letzten eineinhalb Jahren häuften sich die Pannen und Störfälle in Europa.

In den schwedischen AKWs Forsmark und Ringhals, in den deutschen AKWs Krümmel und Brunsbüttel, im tschechischen AKW Temelin ... Erschreckend waren die Meldungen allein in den vergangenen

Sommermonaten. *Finnland:* Brand in einer AKW-Baustelle; *Schweden:* Brand im AKW Ringhals;

Deutschland: Zwischenfall im AKW Biblis; *Frankreich:* radioaktive Flüssigkeit gelangt aus dem AKW Tricastin in zwei Flüsse und 100 Menschen werden durch radioaktiven Staub leicht kontaminiert ; *Frankreich:* Leitungsbruch und Leck in der Brennstäbelfabrik Romans-sur-Isere; *Frankreich:* leichte Kontamination von 15 Mitarbeitern in Saint-Alban; *Spanien:* Störfall mit Abschaltung im AKW

Asco I; *Belgien*: Freisetzung von radioaktivem Jod aus dem Abluftsystem in der Forschungsanlage Fleurus; *Österreich*: Freisetzung von Plutonium im Labor Seibersdorf.

Wie lange sollen die AKWs noch laufen? Was muss noch alles passieren, bis man endlich den

Ausstieg aus der Atomkraft vorantreibt?
(Quelle: www.atomkraftfreiezukunft.gnx.at)

Die Atomstromlüge

Am 16. September 2008 hat das ZDF in der Sendung „Frontal21“ eine Sendung mit dem Titel **„Die Atomstromlüge – Verschwiegene Kosten, getäuschte Verbraucher“** ausgestrahlt. Hier einige Auszüge:

„... Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat nachgerechnet, wie viel der (deutsche, Anm. Red.) Bund bisher in die Atomindustrie gesteckt hat. Es sind 40 Milliarden Euro ... Atomkraft war nie billig und sie wird auch in Zukunft nicht billig sein. ... So winken Zusatzgewinne in Milliardenhöhe für die Konzerne. Acht Jahre längere Laufzeit würden Vattenfall sechs Milliarden mehr in die Unternehmenskassen spülen. EnBW und ihren drei deutschen Kernkraftwerken 18 Milliarden. RWE rund 22

Milliarden Euro. Und Eon darf sich am meisten freuen – über rund 35 Milliarden Mehreinnahmen. Das sind zusammen Zusatzgewinne von fast 85 Milliarden Euro. Und was hat der Stromkunde davon?

Schlusssatz des ZDF-Moderators: „Die Renaissance der Atomenergie – ein teurer Irrweg, den der Stromkunde bezahlt.“ Ganzer Bericht unter: www.frontal21.zdf.de (bei „Suche“ „Die Atomstrom-Lüge“ eingeben).

AKW: Ausweg aus der Klimakatastrophe?

Atomkraft hilft nicht gegen den Klimawandel, sondern verstärkt noch das radioaktive Risiko. Um auch nur

zehn Prozent der fossilen Energie im Jahr 2050 durch Atomstrom zu ersetzen, müssten laut Öko-Institut Berlin bis zu 1.000 neue Atomkraftwerke gebaut werden, d. h. 25 pro Jahr! (Dr. Felix Chr. Matthes, Öko-Institut in Berlin; www.oeko.de) Die Uranreserven wären zudem in Kürze erschöpft. Selbst die Atomlobbyorganisation IAEA glaubt nicht, dass die Atomenergie schnell genug ausgebaut werden könnte, um den Klimawandel zu begrenzen.

Das Schweigen von Seibersdorf

Der Unfall vom 2.8.08 im Forschungszentrum, bei dem in einem der Labors der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) eine mit Plutonium gefüllte Ampulle geplatzt ist, hat Seibersdorf nach jahrelangem Schweigen wieder mit seinen Atomaktivitäten ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Das muss den verantwortlichen Herrschaften wohl sehr peinlich gewesen sein. Wohlweislich hatten die Verantwortlichen geschwiegen, nachdem es Anfang der 1990er Jahre heftige Proteste von Aktivisten aus der Umgebung des Ortes gegeben hatte, weil im Bereich des Forschungszentrums Atom Müll gelagert und teilweise verbrannt worden war und weil im Zentrum das Atomlabor der IAEO betrieben wurde. Die Verbrennung des Atom Mülls wurde zwar infolge der Proteste eingestellt, gelagert aber wird Atom Müll in Seibersdorf bis heute. Auch die Labors der IAEO werden bis heute betrieben. Den jetzigen Unfall in einem der IAEO-Labors versucht man herunterzuspielen und als harmlos hinzustellen.

Seibersdorf sollte „nur“ als Zwischenlager für Atomabfälle dienen. Für 2012 ist eine Entscheidung über ein österreichisches Endlager

angekündigt. Dieses typisch österreichische „Provisorium“ wurde damals erfunden, weil die Bevölkerung der zur Auswahl vorgeschlagenen 16 Orte mit massivem Einsatz die Errichtung eines Endlagers verhinderte. Der Atom Müll von Seibersdorf über den wohlweislich geschwiegen wird – nua kane wön – nur keine Wellen! – lagert dort oberirdisch und ungeschützt in Hallen. Die Sorgen der Menschen wurden immer ignoriert – die Gefahren verharmlost. Der Profit auf unsere Kosten gemacht. Wir bezahlen den ganzen Atom-Wahnsinn mit unseren Steuern und wir bezahlen mit unserer Gesundheit den Leichtsinns der Profiteure. Außerdem ist es eine Frechheit, dass im durch Volksentscheid atomfreien Österreich praktisch ein Atom Mülllager besteht. Die im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomenergie gegebenen und nicht lösbaren Probleme werden einfach vor sich hergeschoben – eine verachtenswerte und zu bekämpfende dumme Vogel-Strauß-Politik!

Aber das ist ja nicht nur bei uns so, da befinden sich unsere Herrschaften in schlechter Gesellschaft. Wie wir schon früher berichteten, wurden in der Nähe von Wolfenbüttel in

Niedersachsen von Ende der 1960er Jahre bis 1978 in das frühere Salzbergwerk Asse II 125.000 Fässer mit schwach radioaktivem Abfall (wie er auch in Seibersdorf lagert) und 1300 Fässer mit mittelradioaktivem Abfall, sowie etwa elf Kilogramm Plutonium in 500 bzw. 750 Metern Tiefe verbuddelt. Insgesamt lagern in Asse II ca. 100 Tonnen strahlendes Uran. Inzwischen ist der dortige unterirdische Salzsee radioaktiv verseucht. Die Cäsium-137-Strahlung ist achtmal höher als die Grenzwerte. Auch Strontium und Plutonium wurden gemessen. Die gelb-schwarzen Warnschilder mit dem Zeichen für Radioaktivität, die aufgestellt wurden, sind ein Hohn. In das unterirdische Lager fließen Salzlösungen aus den umgebenden Bergen, es gibt Wassereinträge. Jetzt sollen die Stollen gezielt zum Einsturz gebracht werden um sie zu stabilisieren. Dass dabei Radioaktivität austreten wird, weiß jeder, wieviel es sein wird, keiner; auch nicht, welche Gefährdung für das Grundwasser besteht. Soviel zum Lagern von radioaktivem Material.

Schweigen und Zuwarten und weiter Profit machen – eine bewährte Methode der Herrschenden, Probleme vor den Betroffenen zu verbergen. Aber wir sind nicht vergesslich: Wir werden gegen diese menschenverachtende und gefährliche Politik eintreten!

Wir lassen uns nicht vergiften und für dumm verkaufen!

Wir sollen macht- und hilflos erscheinen – aber in Wirklichkeit fürchten sich die Betreiber und Atom-Profiteure vor unserem Protest und deshalb verschweigen sie auch ihre Aktivitäten und die der IAEA, dem Instrument der Atomlobby. Wenn man nichts machen könnte, hätten wir in Österreich schon längst ein Atommüll-Endlager. Wir haben eine große Kraft! Schließen wir uns zusammen und lassen wir uns nicht wie stumme Schafe auf die Schlachtbank führen zugunsten von einigen Wenigen, die davon profitieren!

Wir verlangen dass die Atom-Labors in Seibersdorf endlich geschlossen werden und Österreich aus IAEA und EURATOM austritt!

Die Kriegspolitik der USA

Die Destabilisierung der Welt, die Eroberung von Eurasien!

Zbigniew Brzezinski gilt seit Jahrzehnten, neben Henry Kissinger, als wichtigster Stratege der US-Außenpolitik. Er war schon Berater des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter. Heute ist er Berater von Barack Obama, dem Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei.

Z. Brzezinski hat schon in seinem ersten Buch „Die einzige Weltmacht“ (englischer Titel: The Grand Chess Board) 1997 die Auffassung vertreten, dass die USA, um ihre Stellung als „einzige“ und „letzte echte“ Weltmacht zu behalten, die Vorherrschaft über Eurasien erringen muss, da „...eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent noch heute die Voraussetzung für globale Vormachtstellung (ist) und einfach deshalb, weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, auf dem 75% der Weltbevölkerung leben und der drei Viertel der weltweit bekannten Energievorräte beherbergt.“ „...„Die USA müssen das Ziel verfolgen, ihre „beherrschende Stellung (in Eurasien) für mindestens noch eine Generation und vorzugsweise noch länger zu bewahren“. Und „sie müssen das Emporkommen eines Rivalen um die Macht (...) vereiteln.“ (Alle Zitate aus Z. Brzezinskis Buch „die einzige Weltmacht“)

Ein wichtiger Schritt der USA dazu war der Krieg gegen Afghanistan 2001.

Unter dem Vorwand den „Krieg gegen den Terror zu führen“, haben die USA Afghanistan 2001 überfallen und besetzt. Dort ging es den USA

nicht nur um die Kontrolle eines Gebietes, durch das eine wichtige Öl –Pipeline von den erdöl und erdgasreichen Ländern ums Kaspische Meer zum Indischen Ozean, unter Umgehung Russlands gebaut werden soll. Es ging und geht vorrangig um die strategische Lage Afghanistans. Im Süden grenzt es an Pakistan, im Westen an den Iran, im Norden an Russland, nur getrennt durch seine früheren Teilrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan, und im Osten reicht es bis an die Grenze Chinas. D.h. es liegt in einer Region, (in der nahezu die Hälfte der Menschheit lebt) wo über zwei Drittel der weltweiten Erdöl –und Erdgasvorkommen liegen und grenzt an die zwei Länder, die der Vorherrschaft der USA gefährlich werden könnten“, wenn sie sich zusammen tun, „Russland und China“ Afghanistan ist somit für die USA eine der begehrtesten strategischen Regionen der Erde und geradezu prädestiniert als eine Art „terrestrischer Flugzeugträger und Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen.“

In seinem zweiten 2007 erschienenen Buch „die 2. Chance“ kritisiert Z. Brzezinski die Außenpolitik der Regierung Bush I, Clinton und Bush II. vehement. Er schreibt u.a., dass die USA die Chance nicht ausreichend genutzt haben, nach dem Zusammenbruch der UdSSR ein System dauerhafter amerikanischer Vorherrschaft zu errichten. Er schlägt vor, in der US-Außenpolitik Europa mehr einzubeziehen bzw. Absprachen mit China zu treffen, gleichzeitig Russland zu isolieren

bzw. womöglich zu destabilisieren. Eine Vertiefung des Bündnisses zwischen Russland und China sollte verhindert werden und China aus dem Bündnis gelöst werden!

Europa, dem Z. Brzezinski schon in seinem erstem Buch 1997 die Bedeutung eines „Eckpfeilers einer unter amerikanischen Schirmherrschaft stehenden größeren eurasischen Sicherheits- und Kooperationsstruktur zuschreibt, soll der USA als „Sprungbrett auf dem eurasischen Kontinent dienen.“ Z. Brzezinski plädiert nun heute ebenso wie B. Obama für eine engere Kooperation zwischen USA und Europa, ein Europa das für ihn die Funktion eines Brückenkopfes auf dem eurasischen Kontinent hat. Nach diesen Plänen soll die EU-Osterweiterung zwangsläufig auch eine Osterweiterung der NATO nach sich ziehen. Die ausgehende NATO-Osterweiterung und die von der Bush-Regierung im Süden Eurasiens (Irak, Afghanistan) begonnenen militärischen Interventionen bilden laut Z. Brzezinski zusammen gewissermaßen einen Keil, mit dem die USA in das Herz der eurasischen Landmasse vorstoßen. Würden die USA tatsächlich dieses Ziel erreichen, dann würde das nach Z. Brzezinski die Herrschaft der USA über Eurasien bedeuten und auf Grund der Größe und Bedeutung des eurasischen Kontinents hieße das letztlich die Weltherrschaft, denn Lateinamerika, Afrika und Australien wären gezwungen, sich dieser Ordnung anzuschließen. Wie viel Millionen Tote und Zerstörung von Ländern die USA in ihren Kriegen bisher in Umsetzung dieser Pläne verursacht haben und wie weit auch die Pläne z.T. immer wieder am Widerstand der Völker scheiterten, sie verfolgen diese Pläne weiter.

Z. Brzezinskis Strategien lauten, dass durch eine Kombination aus EU- Osterweiterung und Expansion der NATO viele der ehemaligen Sowjetrepubliken wie z.B. Georgien, Aserbeidschan, Ukraine und Usbekistan mit allen Mitteln in die westliche Einflusssphäre integriert werden sollen. Genau das betreibt die USA gerade. Weiters sollen die mit den USA verbündeten OPEC Staaten, wie Kuwait, Saudi- Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar und ebenso die eroberten Staaten Irak und Afghanistan dazu beitragen, die Vorherrschaft der USA in Eurasien zu garantieren.

Die Aktionen der USA richten sich direkt gegen Russland!

Das gerade getroffene Abkommen zwischen Polen und den USA über die Stationierung des US-Raketenschildes in Polen ist ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung ebenso wie die beschlossenen Radaranlagen in Tschechien. Der Raketenschild hat nichts mit angeblichen iranischen Raketen zu tun. Der Iran verfügt über gar keine Raketen mit einer Reichweite von

5000km bis 8000km und ist von US-Raketen rund um sein Territorium geradezu umzingelt. Sowohl der US-Raketenschild in Polen ebenso wie der US-Raketenschild in Alaska richten sich gegen Russland und soll laut Experten der US-Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ (April/Mai 2006) dazu dienen, die nukleare Erstschlagkapazität der USA aufzubauen. Nach einem atomaren US-Erstschlag auf Russland, der soviel wie möglich gegnerische Atomwaffen zerstört, soll der Raketenschild die restlichen russischen Atomraketen, die für einen Zweitschlag zur Verfügung stehen, abfangen. Die Autoren stellen die Frage, ob China oder Russland im Falle eines nuklearen US-Überraschungsangriff noch im Stande wären, mit einem Zweitschlag zu reagieren. Nach einem Computermodell, das auch das Pentagon verwendet, kommen sie zum Schluss, dass die USA 99% der russischen Atomraketen im Erstschlag zerstören können. Das verbleibende 1 % der russischen Atomkapazität soll der Raketenschild abfangen. D.h. **der Raketenschild soll den USA dazu dienen, einen Atomkrieg zu führen ohne selbst von Gegenschlägen getroffen zu werden und das m i t t e n i n E u r o p a !**

Georgien Krieg

Der neueste Vorfall rund um die US-Aktivitäten in Eurasien ist der Georgien-Krieg.

Verschiedene westliche Autoren, (z.B. Le Monde Sept. 08, Die Presse Aug.08,...) sind der Auffassung, dass die USA den georgischen Präsidenten Saakaschwili zu seinem Überfall auf Südossetien ermuntert hat. Die USA habe eine wahrscheinliche russische Militäraktion als Reaktion auf den georgischen Überfall mit einkalkuliert! Die russische Antwort ist nun mehr der ideale Vorwand zu einer weiteren, verstärkten NATO Präsenz in diesem Raum. Saakaschwili und seine „Nationalbewegung“ kamen 2003 schon mit Hilfe von US-Geldern und Instruktoren an die Macht. Seit Saakaschwilis Amtsantritt wird seine Armee mit US-Dollars und Offizieren aufgerüstet und trainiert. 65 Millionen Dollar erhielt er schon für seinen geplanten Angriffskrieg gegen die abtrünnigen Provinzen, in denen ein großer Prozentsatz Russen leben?

Die Eroberungspläne der georgischen Führung dienen nun offenbar der NATO als willkommener Hebel, um in der Kaukasusregion der früheren Sowjetunion Fuß zu fassen und Russlands durch den Tschetschenienkrieg ohnehin schon angeschlagene kaukasische Flanke weiter zu destabilisieren. Die US-Führung wurde im Übrigen vom russischen Außenminister nach dem georgischen Angriff rechtzeitig von der geplanten russischen Reaktion informiert, um diesen Krieg noch Schadens begrenzt stoppen zu können, d.h. die Georgier zurückzupfeifen. Die USA tat dies

jedoch nicht. Es ist schon eigenartig. Selbst westliche Militäranalysten (Die Presse) kamen zur Auffassung, dass der georgische Angriff stümperhaft vorgetragen und Georgien militärisch nur verlieren konnte. Es wird angenommen, dass es Georgien und den USA derzeit gar nicht um militärischen Gewinn ging. Als Folge des Krieges wird Russland in den westlichen Medien meist als Aggressor dargestellt, gegen den sich die umliegenden Länder mit NATO- Hilfe schützen müssten. Für Georgien heißt das nun noch mehr und modernere Waffen und eine de facto NATO Mitgliedschaft für das Land, zur Vorbereitung auf neue Waffengänge mit Russland! Welcher

Zynismus auf Kosten von Menschenleben. Die NATO –Tagung der Außenminister, schon lange davor vereinbart, fand dann auch demonstrativ in Tiflis statt.

Die USA haben trotz verschiedener Rückschläge und Niederlagen ihre Weltherrschaftspläne nicht aufgegeben. Afghanistan ist weiterhin nicht befriedet, in Pakistan nimmt der Widerstand gegen die USA zu, im Irak geht der Widerstand gegen die US-Besatzung weiter. Auch das wirtschaftliche Erstarken von Russland und China hat Z. Brzezinski bzw. die Herrschenden in den USA nicht einkalkuliert.

Warum brauchen die USA den Krieg?

Die ungeheure Wirtschafts- und Finanzkrise der Supermacht USA macht deren Politik noch gefährlicher!

Die US-Wirtschaft ist auf einer gigantischen Pyramide von Schulden aufgebaut. Die US-Auslandsschulden beliefen sich 2007 auf gigantische 9.000 Milliarden Dollar!

Mit ihrer Schuldenpolitik finanzierten und finanzieren die USA ihre Profitpolitik und hat so dem Finanzkapital über lange Zeit gigantische Gewinne beschert.

In den letzten Jahren bricht dieses Gebäude immer mehr und schneller zusammen.

Nach dem Bankrott riesiger US- Konzerne wie ENRON und WorldCom 2003, kam es seit damals immer wieder zu Pleiten. August 2007 kam es zum ersten, von manchen Experten schon seit Jahren vorhergesagten, weltweiten Börsenabsturz und bereits zu Bankenpleiten. Anlass war das Platzen der sog. Immobilienblase. Mit den auf Schulden finanzierten Immobilien Kaufboom besicherte die Finanzwelt ihre Geschäfte (faule Kredite). Als die Kredite fällig wurden, platzte die Immobilienblase, der Häuselbauer hatte dann weder Haus noch Geld. Die Kursverluste an den Weltbörsen, die die Krise ausgelöst haben, überstiegen die 1000. Milliarden Dollar. 2008 ging die Finanzkrise weiter, bis zum September kann es schon zu 11 Pleiten von größeren Finanzinstituten bzw. Versicherungsinstituten.

Nun, im September 2008, kam es zum 2.ten bisher größten Börsenabsturz überhaupt und dem Zusammenbruch von großen Investmentbanken. Eine Folge, wie bisher: Weitere Zunahme von Arbeitslosigkeit, Armut, Pensionsverluste, Obdachlosigkeit, sozialem Elend. Allein im Bankensektor verloren im letzten Jahr über 200 000 Menschen in den USA ihren Job.

Die Verluste gehen wieder über die 1000. Milliarden- Dollar- Grenze. Vorher waren die Börsenkurse 5 Jahre insgesamt geboomt, auf allen großen Finanzmärkten um das Mehrhundertfache. Gründe waren die sog.

Deregulierung der Finanzmärkte,, die Schaffung immer neuer Spekulationsmöglichkeiten bzw. Instrumente dazu. Die Finanztransaktionen des internationalen Finanzkapitals machen längst das Hundertfache des Bruttoinlandsproduktes der wichtigsten Industrieländer aus. Es werden täglich an den Devisenbörsen 1900 Milliarden Dollar umgesetzt! Sie stammen u.a. von multinationalen Konzernen, sog. Pensionsfonds und Ölexporteurs. Doch nur mehr maximal 7% dieses Geldvermögens entspricht tatsächlich

vorhandenen Werten! Die Konkurrenz um immer höhere Zinserträge, um immer höhere Profite lässt, lässt den Umfang des Finanzkapitals alle bisherigen Ausmaße sprengen. Einige wenige häufen gigantische Vermögen an, die Bevölkerung zahlt drauf, Menschen werden arbeitslos bzw. verlieren ihr Hab und Gut, Firmen gehen in Konkurs.

Die Schuldenpolitik der USA zu Lasten der Menschen in den USA und zunehmend auch bei uns in Europa bedeutet gleichzeitig weiterhin und ansteigend gigantische Gewinne für eine Handvoll Konzerne und Anleger in den USA. Die Superreichen wurden noch reicher.

Doch gegen die nunmehr schon wirtschaftlich stärkeren Konkurrenten aus Europa, China, Russland kann die wirtschaftlich nicht mehr konkurrenzfähige USA die weitere Vermehrung ihre Profite nur mehr militärisch sichern! Die USA setzt auf militärische Stärke, samt Kriegswirtschaft. Mit ihrer aggressiven imperialen Politik erobern sie sich immer neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen (zuletzt Irak) und Einflussphären (Afghanistan).

Gleichzeitig garantiert den USA bis heute die Dollarbindung ans Erdöl die Vorherrschaft. Wenn wichtige Länder die Dollarbindung des Erdöls aufgeben und das Öl z.B. in Euro handeln, würde das laut Experten zu einem Wirtschaftskollaps in

den USA führen! Ein Aspekt der Vorherrschaft der USA im Nahen und mittleren Osten und in Asien ist es eben auch zu verhindern, dass sich aus diesen und den europäischen Ländern ein von Ihnen unabhängiger Rohstoffmarkt entwickelt. Das, so schrieb der Ökonom Engdahl schon 2004, war die wahre Bedrohung durch Sadam Husseins Politik, der der EU Erdöl für Euro verkaufen wollte, nicht die erfundenen Massenvernichtungswaffen. „Die Zukunft von Amerikas Status als einziger Supermacht hing davon ab, diese Bedrohung des Petrodollars, die vor allem aus Eurasien und den Euroländern kam, abzuwenden.“ Der Irak wurde mit Krieg überzogen, Sadam Hussein gestürzt. (F.W. Engdahl, 16.6.2003) Das ist also ein weiterer wichtiger Grund warum die USA im Irak bleiben. Das ist ebenso ein Teil der Strategie, warum die USA das Regime im Iran stürzen wollen und es deshalb mit Krieg bedrohen.

Die USA brauchen Rüstung und Krieg, um ihre wirtschaftliche Schwäche wettzumachen, um ihren Konzernen weiter und steigend ungeheuerer Profite zu ermöglichen, auch auf Kosten von Millionen Toten.

Das US- Militärbudget hat 2007 schon die Rekordhöhe von ca. 800 Milliarden Dollar erreicht und das alles noch ohne die Kosten für den Irak- und Afghanistan- Krieg! Inklusive dieser Kosten sind es geschätzt 1500. Milliarden Dollar pro Jahr. Das hält die amerikanische Wirtschaft am Laufen und die Profite der US-Rüstungskonzerne steigen rasant an! 63% der weltweit 2005 getätigten Militärverkäufe machten die US-Rüstungskonzerne, das waren ca. 210 Milliarden Dollar! Dazu „Die Presse“: „Die Kriege und die Angst vor neuen Anschlägen sind der Motor unserer Wirtschaft.“ Wir sind der Auffassung: Die USA-Wirtschaft braucht Anschläge und Krieg! Und die USA brauchen als Vorwand für die Legitimierung ihres aggressiven Expansions- bzw. Kriegskurs Feinde. Dazu wird heute oft der „Islam“ hochstilisiert, wobei verschwiegen wird, dass die mörderische US-Politik, dieser Staatsterrorismus, die Gegner dieser Politik heranzüchtet. Weiters wird nun mehr die Rückkehr der roten Gefahr“ beschworen. „Der russische Bär“, der es wagt, gegen die amerikanische Umzingelung aufzutreten, wird als Bedrohung für uns alle hochstilisiert. Nicht zuletzt muss nun China herhalten. Chinas Wirtschaft, so heißt es, bedrohe unseren Wohlstand sowohl in den USA als auch in Europa.

So versucht die USA ihren Eroberungskurs bzw. ihre Kriege zu rechtfertigen.

Unter dem Slogan „Kampf für westliche Werte“, „für die freie Marktwirtschaft“, „für westliche Demokratie“ werden überall in der Welt, nun vor allem in Eurasien, die von den USA und ihren Dienern initiierten Konflikte und Kriege propagandistisch aufbereitet.

Es geht den USA vor allem um die Schwächung Russlands! Z. Brzezinski beschrieb schon 1997 die US-Pläne für eine Zerschlagung Russlands in drei oder vier Teilen.

Die USA heizen durch ihre Interventionspolitik vor allem in Eurasien lokale Konflikte an, sie rüsten die verschiedenen Staaten bzw. Völker oder Volksgruppen militärisch auf und hetzen sie in Stellvertreterkriege gegeneinander. US-Experten (Zeitschrift „foreign affairs“ 5/2006) schreiben schon von einem „eurasischen Balkan“ wo es dann, in Anlehnung an den Ausbruch des 1. Weltkriegs am Balkan, zu grenzübergreifenden Kriegen komme, die letztlich zu einem Weltkrieg führen. Das ist möglicherweise die letztendliche Folge der imperialen Politik der USA, die diese seit langem und in den letzten Jahren vehement in Eurasien betreiben!

Russische und europäische wirtschaftliche Interessen ergänzen einander. Die USA kann ohne Europa jedoch, auch laut Brzezinski, ihre Vorherrschaft im 21. Jahrhundert über Eurasien nicht realisieren. Sie muss alles versuchen, Europa für ihre Eroberungspläne gegen Russland zu gewinnen. Die USA versuchen deswegen auch durch ihre Ostpolitik, d.h. durch die Instrumentalisierung der osteuropäischen Staaten zu verhindern, dass die EU ihre wirtschaftlichen Kooperationen mit Russland ausbaut. Wir sollen durch die USA auf Kriegskurs gegen Russland gebracht werden. Mit diesem Krieg, der letztlich auch mitten in Europa stattfinden würde, rechnen die US-Machthaber schon! Der US-Raketenschild in Polen ebenso wie die NATO- Mitgliedschaft der Ukraine und anderer UdSSR Nachfolgerstaaten bringen uns einen Schritt näher dazu. Die EU-Regierungen schauen dieser Entwicklung nicht nur zu sondern lassen sich, auch um ihrer Profite willen, vor den US-Karren spannen.

Lassen wir uns auch in Österreich nicht in die EU-Militärpläne einspannen, in die EU der Konzerne, die uns mit oder ohne NATO in einen neuen globalen Krieg hineinreißen werden. Lassen wir uns nicht aufspalten. Unsere Neutralität ist heute wichtiger denn je.

Wir wollen weder für die Profite der US-Konzerne noch für die der EU-Konzerne in einen neuen Weltkrieg ziehen lassen.

Schließen wir uns in Österreich (und in ganz Europa) zu einer Antikriegsbewegung zusammen!

30 Jahre Nein zu Zwentendorf:

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Die überfraktionelle Initiative „Gewerkschafter gegen Atomenergie“, die sich 1980 als Verein konstituierte und bis heute aktiv ist, entstand im Frühjahr 1977. Zu diesem Zeitpunkt wurde immer deutlicher, dass die Führung der Gewerkschaft eine Haltung zur Frage der Nutzung der Atomenergie einnimmt, die die Bedenken und die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung und unter den Gewerkschaftsmitgliedern nicht berücksichtigt. Im Juni und September 1977 fasste der ÖGB-Bundesvorstand Beschlüsse für die rasche Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf, denen sich nachher Führungsgremien einzelner Fachgewerkschaften anschlossen. Unsere wichtigste Forderung zu dieser Zeit war:

„Breite Diskussion und freie Meinungsbildung in Betrieben, Fach- und Ortsgruppen usw. auf der Grundlage gleichberechtigter Informationsverbreitung in den Medien des ÖGB und der Einzelgewerkschaften. Solange nicht jedem Gewerkschaftsmitglied ausreichende Information und auch die Möglichkeit gegeben wird, auf derart schwerwiegende Entscheidungen Einfluss zu nehmen, sollen die Beschlüsse der Gewerkschaftsführung aufgehoben werden.“ (Frühjahr 1978)

Doch die Reaktion der ÖGB-Führung auf die immer stärker werdende Anti-AKW-Bewegung in- und außerhalb Österreichs war eine beispiellose Kampagne FÜR die Atomkraft – begonnen mit der „Solidarität“-Sondernummer vom November 1977. Hand in Hand mit der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung trommelte die ÖGB-Führung für Atomstrom. Von einem demokratischen Informations-, Meinungs- und Willensbildungsprozess hat sich die Gewerkschaftsführung seither immer weiter entfernt, ja überhaupt vom Grundgedanken der Gewerkschaftsbewegung, eine echte Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen zu sein (siehe BAWAG-Skandal).

Hauptansatzpunkte der Kritik und der zahlreichen Aktivitäten der „Gewerkschafter gegen Atomenergie“ bis zu Volksabstimmung waren das Auftreten gegen die Propagandalügen, dass Atomstrom sicher, „friedlich“, billig und ungefährlich sei und Arbeitsplätze sichern würde. Wir zeigten im Gegenteil detailliert auf, dass ein Setzen auf die Atomkraft keine Arbeitsplätze sichert, eine Neuorientierung der Produktionsziele

verhindert, vom Ausland abhängig macht, eine Bedrohung für Leben und Gesundheit der Menschen bedeutet, die Demokratie einschränkt (Stichwort: Polizei- bzw. Atomstaat – siehe Robert Jungk) und dass Atomkraftwerke und Atombomben siamesische Zwillinge sind, das heißt, die kriegerische und die so genannte „friedliche“ Nutzung der Atomenergie zwei Seiten einer Medaille also untrennbar miteinander verbunden sind und überdies die Frage der Atommülllagerung völlig ungelöst ist.

Einfache Gewerkschaftsmitglieder arbeiteten mit PersonalvertreterInnen und BetriebsrätInnen sowohl aus dem Arbeiter- wie aus dem Angestelltenbereich vielfältigst und eng bei eigenen und fremden („Informationskampagne Kernenergie“ der Bundesregierung) Veranstaltungen, Flugblattaktionen, Diskussionsveranstaltungen, Erstellung von Plakaten, Flugblättern, Aufrufen und Broschüren zusammen. In der letzten Phase vor der Volksabstimmung gab es auch eine enge Zusammenarbeit mit vor allem jungen AktivistInnen der „Sozialisten gegen Atomenergie“, mit denen wir besonders nachts Wien „verunsicherten“, indem wir bei zahllosen Propaganda-Plakaten das „JA“ mit „NEIN“-Aufklebern unermüdlich überklebten.

Je näher der Tag der Volksabstimmung heranrückte, desto vehementer lief die gesamte Propagandawalze, so auch die der ÖGB-Spitze. Anstatt aufzuklären, wurde die Mehrheit der Bevölkerung, die über die lebensbedrohenden Fragen der AKW damals noch gar nicht nachgedacht hatte, gegen die AKW-Gegner gehetzt. So ließ etwa die Regierung verkünden, dass die letzte „Diskussionsveranstaltung“ der Kampagne Kernenergie in der Wiener Stadthalle abgesagt werden müsse, weil „Ausschreitungen zu befürchten seien“. Oder gab es eine „Konferenz der Energiewirtschaftler“, die über „Notstandsmaßnahme“ für den Fall beriet, dass das AKW Zwentendorf nicht in Betrieb ginge. So müsste mit zeitweiligen Stromabschaltungen bereits 1978 gerechnet werden, weil es ohne Atomstrom nicht ginge. Das heißt also, wenn die Propaganda nichts nützt, wenn die „Demokratie“ der Herrschenden nicht zum gewünschten Ergebnis führen sollte, dann wurde schon vorsorglich vor der Volksabstimmung (und erst recht danach – siehe weiter unten) der Sündenbock ausgemacht: die AKW-Gegner. Das erinnerte an Verhetzung.

Dabei waren schon damals zahlreiche Studien über die Gefahren der Atomenergie den Verantwortlichen bekannt. Etwa die für die Öffentlichkeit geheime – dann aber doch in die Medien geratene – Studie des deutschen „Instituts für Reaktorsicherheit“ der Technischen Überwachungsvereine (TÜV). Ähnliches, was dann 1986 beim Super-GAU im AKW in Tschernobyl Realität wurde, beschrieb diese TÜV-Studie 1977 u.a. so: Wenn die Kühlung eines Lagertanks einer Wiederaufbereitungsanlage ausfällt, dann genügt das, ein Gebiet so groß wie Mitteleuropa radioaktiv zu verseuchen! Was bei einer Veranstaltung im Jahr 1977 dann einen Teilnehmer zur Frage bewog:

„Lesen Spitzenpolitiker und Industrieadmiräle eigentlich die Studien, die sie selber in Auftrag geben? Und wenn ja, warum sind sie dann gegen alle Vernunft weiterhin für den Bau von AKW? Geht's ihnen, wie sie so schön sagen, um den 'Strom für alle'? Ich glaube nicht. Die paar Megawatt, die so eine zivile Atombombe erzeugt, die liefert ein herkömmliches, harmloses Kraftwerk auch. Die Wahrheit ist viel einfacher: In der Nuklearindustrie kann man heute den ganz, ganz großen Schnitt machen, anders gesagt: nicht nur die Gefahren, sondern auch die Profitmöglichkeiten sind in diesem Industriezweig geradezu unheimlich. Und wenn's um's Geld geht, dann nimmt ein 'Ehrenmann' bekanntlich gern ein bisschen 'Unternehmerrisiko' auf sich.“

Von friedlich keine Spur

Seit Jahrzehnten reden die Atombetreiber von der „friedlichen Nutzung“ der Kernenergie. Und sie warfen den Atomgegnern vor, durch den Hinweis auf den Zusammenhang zu den Atombomben, die Menschen ungerechtfertigt zu verängstigen. Doch schon die Beifügung „friedlich“ zeigt, dass sie aus der kriegerischen Nutzung, als Nebenprodukt der Atombombe (in den 1940er und 1950er Jahren) entstanden ist. Bis heute stehen die Atomkraftwerke auch im Dienste des Rüstungsgeschäftes. Sie dienen der verbilligten Herstellung von Atombomben. Denn aus den abgebrannten Brennstäben der Atomkraftwerke wird in den Wiederaufbereitungsanlagen Plutonium gewonnen, das fast ausschließlich für die Erzeugung von Atomsprengköpfen bzw. Atombomben verwendet wird. Übrigens: Tschernobyl war so ein Reaktortyp, der zur Entnahme von Plutonium konstruiert worden war, ohne dass man – wie bei anderen Typen – den Betrieb unterbrechen musste.

Am 9. November 1977 beschloss der ÖGB-Vorstand sein „JA zu Zwentendorf“, ohne die Mitglieder zu befragen oder über AKW zu informieren. Statt dessen wurden in der

Mitgliederzeitung „Solidarität“ Pro-AKW-Artikel gebracht, mit Drohungen und Angstmacherei, Energienotstand und Arbeitsplatzverlust an die Wand gemalt und gegen Atomgegner gehetzt. Einer, der sich besonders hervortat war der ehemalige volkswirtschaftliche Referent des ÖGB und damalige Nationalbankdirektor Heinz Kienzl. Er hetzte nicht nur in der ÖGB-Postille, sondern er saß damals – und auch nach der Volksabstimmung – in Pro-AKW-Komitees der Atombetreiber gemeinsam mit Industrie-, E-Wirtschafts- und Atomvertretern und liefert mit seiner Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) den Atombetreibern Munition im Meinungskampf gegen die Bevölkerung. Am umtriebigensten war das von Heinz Kienzl und Herbert Krejci (Industriellenvereinigung) gegründete und aus Bankgeldern finanzierte „Komitee für Zwentendorf“.

Besonders empörend, aber erhellend und bezeichnend für die Rolle der Gewerkschaftsführung im politischen System Österreichs ist der Umstand, dass die Zwentendorf-Propaganda vor allem vom ÖGB im Verein mit Industriellenvereinigung, Siemens, Wirtschaftskammer „sozial“-partnerschaftlich betrieben wurde, ja ohne dem „Einsatz“ der ÖGB-Führung gar nicht geführt hätte werden können. Das bestätigen Aussagen sowohl des damaligen Siemens-Generaldirektors Walter Wolfsberger, als auch von ÖGB-Chef Anton Benya. So beklagte Wolfsberger in einem „Kronen-Zeitung“-Interview 1978 auf den Vorwurf hin, Pro-AKW-Aktivitäten zu unterstützen, dass es wohl auch der Industrie erlaubt sein müsse zu werben, umso mehr, als sie doch gegenüber der Bevölkerung in der absoluten Unterzahl sei. Was die Atombombe nicht können, sollten die ÖGB-Spitzen in ihrem Auftrag besorgen: den arbeitenden Menschen einreden, Atomkraftwerke seien unerlässlich. Klar, die Millionen von Beschäftigten, die konnten SPÖ und vor allem ÖGB besser und leichter erreichen und besaßen bei den Menschen noch mehr Glaubwürdigkeit als Industrielle, die Atom-Propaganda betreiben. So legte sich also vor allem der ÖGB für Zwentendorf ins Zeug. Dabei bekritelte Benya einmal sogar, dass es nicht sein könne, dass die Industrie sich eher bedeckt halte, während der ÖGB in seinem Pro-Zwentendorf - Einsatz die Hauptlast an „Überzeugungsarbeit“ zu tragen habe. Was sind das für Gewerkschaftsvertreter, die mehr für die Sache der Industrie „rennen“ als diese selbst?!

Der Bau von Atomkraftwerken in Österreich war für die in- und ausländische Industrie schon längst eine beschlossene Sache. Die Entscheidung darüber fiel noch in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung (1966 – 1970) – allerdings einvernehmlich zwischen allen Parteien. Als der Zeitpunkt für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf herannahte, sollte mittels

„Informationskampagne“ (1976 - 1977) die BevRkerung überrumpelt werden. Doch die „Informationsveranstaltungen“ der Regierung wurden zum Bumerang und der Widerstand gegen AKW entwickelte sich sprunghaft. Das übliche, durch Wahlen legitimierte, Regieren mit dem Volk gegen das Volk, das, egal welche Partei die Regierungsgeschäfte inne hat, die Interessen der Unternehmer und der Industrie sichert, für die sich also auch durch wechselnde Regierungen im Wesentlichen nichts an deren Gewinnspannen ändert, drohte durch die wachsende Ablehnung der Atomkraft in der BevRkerung erstmals in der zweiten Republik zu kippen und sichtbar zu

werden. Das durfte aus Sicht der Atombetreiber und ihrer politischen Handlanger in Parteien, Gewerkschaften und Kammern nicht passieren. „Erschwerend“ für die Atombetreiber kam hinzu, dass die Parteien zwar alle im Wesentlichen auf Atomkurs waren, aber in der Konkurrenz um die Parlamentsmehrheit, das heißt beim Kampf um gute Posten, um einträgliche Geschäfte und sonstigen Pfründe natürlich uneinig waren, denn eine „Mehrheitspartei“ kann davon mehr abbassieren als die jeweilige „Minderheitspartei(en)“.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. 9. 2008

(Über den Wahlausgang und die Finanzkrise werden wir in der nächsten Ausgabe schreiben)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken herzlich für die Zuschriften, Spenden. Im Sinne unserer gemeinsamen Sache sind wir verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

**Mit kollegialen Grüßen, "
GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. **Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. **E-mail:** ggae@gmx.at **Homepage:** www.atomgegner.at

Gewerkschafter gegen Atomenergie, Nr. 3, Oktober 2008